Vermeidung von Brustkrebs ernst nehmen – Politik muss handeln

bcaction.de/vermeidung-von-brustkrebs-ernst-nehmen-politik-muss-handeln

12. Oktober 2017

(Last Updated On: 12. Oktober 2017)
Stellungnahme des „Netzwerk Frauengesundheit Berlin“

Prävention von Brustkrebs ernst nehmen – Politik muss handeln

Wenn es bisher um das Thema Brustkrebs ging, lag der Schwerpunkt ausschließlich auf der Verbesserung von Früherkennung und Behandlung. Das reicht nach Ansicht des „Netzwerk Frauengesundheit Berlin“ nicht aus. Anlässlich des internationalen Brustkrebsmonats im Oktober ruft das Netzwerk dazu auf, stärker als bisher die Aufmerksamkeit auf die Vermeidung von Brustkrebs zu legen. Im Netzwerk sind 42 Organisationen und 12 Einzelpersonen organisiert, die sich der Verbesserung der Gesundheit von Frauen verpflichtet sehen (www.frauengesundheit-berlin.de).

Lebensstil, die Gene und individuelle Risikofaktoren erklären den Anstieg von Brustkrebserkrankungen nur zum Teil. Auch zahllose hormonwirksame Chemikalien in unserer Lebenswelt greifen entscheidend in das Hormonsystem von Menschen ein und können bei der Krebsentstehung eine Rolle spielen. Umwelthormone dieser Art, auch als Endokrine Disruptoren (EDC) bezeichnet, sind in vielen Produkten des täglichen Lebens zu finden: in Lebensmitteln, Verpackungen, Kosmetikartikeln, Möbeln, Spielzeug und Reinigungsmitteln. In der Landwirtschaft werden hormonwirksame Chemikalien in großem Maße in Form von Pestiziden und Insektiziden eingesetzt und gelangen auf diese Weise in die Nahrungskette.

> „Eine sichere Dosis, unterhalb derer keine Schäden zu befürchten sind, gibt es in der Regel nicht“, sagt Dr. Silvia Pleschka, Dipl. Chemikerin und Mitglied der Arbeitsgruppe Brustkrebs im Netzwerk Frauengesundheit.

Jedoch sei die Wirkung der Chemikalien nicht immer und für alle gleich.

> „Es gibt besonders sensible Lebensphasen wie Schwangerschaft, Säuglingszeit, frühe Kindheit, Pubertät und Wechseljahre, in denen es besonders kritisch ist, diesen Schadstoffen ausgesetzt zu sein.“

So könnten Umweltchemikalien bereits im Mutterleib auf den ungeborenen Menschen einwirken. Schäden und Krankheiten treten aber erst zeitverzögert in späteren Lebensjahren oder sogar bei Nachfolgegenerationen zu Tage. Es gibt gut begründete Anhaltspunkte, dass die Umweltchemikalien zum Entstehen von Brustkrebs beitragen. Sie stehen ebenso im Verdacht, bei

weiteren Erkrankungen und Störungen eine wichtige Rolle zu spielen, etwa bei anderen hormonbedingten Krebsarten, der Unfruchtbarkeit bei Frauen und Männern, beim Diabetes sowie bei Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsstörungen von Kindern.

Das Netzwerk Frauengesundheit unterstützt ausdrücklich die Initiative der Deutschen Gesellschaft für Endokrinologie in deren Presseerklärung vom 12.09.2017. Es schließt sich deren Forderung nach schärferen Bestimmungen auf EU-Ebene, nach Aufklärungsmaßnahmen für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen wie z. B. schwangere Frauen und nach einem Nationalen Aktionsplan an.

> „Wir wenden uns sowohl an die Europäische Kommission mit der Forderung, die bisherige Regulierung des Gebrauchs hormonwirksamer Chemikalien zu verschärfen statt zu lockern. Von der Bundesregierung fordern wir die Aufstellung eines Nationalen Aktionsplans mit dem Ziel, alle Bevölkerungsgruppen über Umwelthormone aufzuklären und wirksam zu schützen. Aber auch einzelne Kommunen können in diesem Sinne aktiv werden. Madrid ist hier ein Vorbild mit seiner politischen Initiative ‚Madrid goes EDC free'", betont Silvia Pleschka.

Das Netzwerk Frauengesundheit appelliert an den Berliner Senat, nach dem Vorsorgeprinzip besonders den Schutz von Frauen und Kindern zu gewährleisten und dem Madrider Beispiel mit einer Initiative „Berlin ohne Umwelthormone" zu folgen.

Download

Presseerklärung des Netzwerk Frauengesundheit Berlin

Kontakt

Netzwerk Frauengesundheit Berlin
c/o Arbeitskreis Frauengesundheit
Sigmaringer Str. 1
10713 Berlin

Fon: 030 86 39 34 72
Fax: 030 86 39 34 73
E-Mail
www.frauengesundheit-berlin.de